Geschrieben von: Lorenz
Donnerstag, den 01. September 2011 um 07:23 Uhr

Es geht um den Erhalt der Brustambulanz in Hameln

Selbstbewusst: Patienteninitiative trifft mit 9000 Unterschriften im Rücken auf Sozialministerin Özkan

Hessisch Oldendorf/Hameln (wbn). Die Patienteninitiative Hamneln-Pyrmont von Gisela Hölscher lässt im Kampf für die bewährte Brustambulanz am Sana-Klinikum in Hameln nicht locker. Am Freitag besucht die niedersächsische Sozialministerin Özkan Hessisch Oldendorf und gegen 11 Uhr die dortige Neurologische Klinik. Bei dieser Gelegenheit wird die Patienteninitiative Hameln-Pyrmont ein Schreiben überreichen, in dem die Erwartungen an die Entscheidungsträger auf Lokal-, Landes- und Bundesebene formuliert werden.

Eine wohnortnahe Behandlung über Früherkennung, Diagnose, Therapie und auch in der Nachsorge bei Brustkrebs war bisher an den Ambulanzen des Brustzentrum am Sana Klinikum Hameln-Pyrmont sowie durch niedergelassene Mediziner in Arztpraxen unkompliziert möglich. Die Betroffenen konnten frei wählen. Die übergreifende Zusammenarbeit hat Vorbildcharakter. Trotzdem Hameln keine Großstadt ist, können Patienten mit hoher Qualität und nach ihren individuellen Wünschen behandelt werden. Das Brustzentrum war eines der ersten bundesweit, das durch die Deutsche Krebsgesellschaft zertifiziert wurde und nach wie vor ist. Die Brustambulanz und die Gynäkologisch-Onkologische Ambulanz arbeiten seit Jahrzenten auf hohem fachlichen Niveau. Das Brustzentrum hat sich daher zu einer überregional anerkannten Anlaufstelle in Sachen Brustkrebs entwickelt. Fortsetzung von Seite 1

Leider drohe durch „unterschiedlichste Einflußfaktoren“ eine Änderung, zeigt sich Gisela Hölscher verärgert und hat nunmehr die Unterschrift von mehr als 9000 Unterstützerinnen gesammelt. Konkret: Ein Radiologe in Hameln hat gegen die bisherige Regelung Einspruch erheben und kann sich dabei sogar noch auf die Kassenärztliche Vereinigung berufen. In einem Brief an Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr hatte Landrat Rüdiger Butte bereits auf den vordringlichen Regelungsbedarf in dieser Sache hingewiesen weil er die bestmögliche Versorgung der Patientinnen gefährdet sieht. Er hatte auch versucht im Hintergrund zu vermitteln. Die Patienteninitiative setzt sich ein für: Die freie Arztwahl von Kassenpatienten - unabhängig davon, ob der Arzt des Vertrauens an einer Klinik oder in eigener Praxis tätig ist. Den uneingeschränkten Zugang zu spezialisierten Fachärzten.

Eine Gesetzgebung, die die Versorgungsqualität für Kassenpatienten sichert und Patientenrechte respektiert. Die Patienteninitiative hat die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen, das Sozialministerium Niedersachen und das Bundesgesundheitsministerium über die Situation informiert. Sie prüft zudem rechtliche Schritte, um das Recht auf freie Arztwahl einzuklagen. Die Entwicklung am Brustzentrum Hameln ist durchaus übertragbar auf andere Städte und leider auch auf andere Krankheitsbilder.